

Solidarisch

nicht nur in Krisenzeiten

Das LINKE Wahlprogramm
für die Stadt Aachen 2020



DIE LINKE.

zur Kommunalwahl am
13. September 2020

Kandidat★innen

für den Rat der Stadt Aachen



★
Ulla Epstein

★
Marc Beus

★
Ellen Begolli

★
Leo Deumens

DIE LINKE.

1. Ellen Begolli
2. Leo Deumens
3. Ursula Epstein
4. Marc Beus
5. Katharina Hrvaćanin
6. Lasse Klopstein
7. Agnes Schwedt
8. Günther Sonnen
9. Franzi Krämer
10. Giuseppe Liguori
11. Vanessa Heeß
12. Heiko Hilgers
13. Beate Martin
14. Benjamin Nimmerrichter
15. Martina Haase
16. Igor Gvozden



Solidarisch
nicht nur in Krisenzeiten

Unser Programm
für die Stadt Aachen

zur Kommunalwahl am 13. September 2020

Armut bekämpfen – soziale Gerechtigkeit schaffen	6
Wohnen ist Menschenrecht	8
Klima, Umwelt, Mobilität und Stadtentwicklung.....	10
Für eine lebenswerte Innenstadt	11
Mobilität.....	12
Energie.....	13
Umwelt.....	15
Arbeit und Wirtschaft.....	17
Eine Stadt ist kein Konzern	17
Eine digitale Stadt für alle	18
Gewerbeansiedelungen müssen zukunftsgerecht sein.....	19
Mehr interkommunale Zusammenarbeit wagen	20
Wirtschaft	20
Hilfe für Kommunen in Not – Alternativen sind möglich.....	21
Öffentliche Armut steht privatem Reichtum gegenüber	22
Bildung ist mehr als Wissen	23
Armut als Bildungshemmnis.....	24
Digitalisierung und Bildung	25
Sport ist Lebensqualität.....	26
Kunst und Kultur	27
Bunt statt Braun – Gemeinsam gegen Rechts.....	28
Kein Mensch flieht freiwillig – Flüchtlinge willkommen heißen.....	29
Gegen Faschismus und Rassismus	30
Transparenz schaffen – Bürgerrechte stärken.....	31
Demokratie lebt vom Mitmachen	31
Demokratie für alle	31
Mitreden bei Haushalt und Stadtplanung.....	32
Beteiligung von Kindern und Jugendlichen	33
Sitzungen per Livestream übertragen	33
Transparenz der Aufsichtsräte in den städtischen Gesellschaften	34
Transparenz und Demokratie gegen Lobbyismus und Korruption	34
Aktiv im Kampf für eine bessere Zukunft!	35

Liebe Wählerinnen und Wähler,

Die Corona-Krise hat nicht nur unser aller Leben auf vielfältige Art und Weise verändert, sondern auch die verheerende Wirtschafts- und Sozialpolitik der letzten Jahrzehnte entlarvt. Sie hat uns verdeutlicht, welcher Raubbau an der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur durch die neoliberale Politik begangen wurde. Wir sehen uns mit einem Gesundheitswesen konfrontiert, das durch Privatisierungen und Profitorientierung systematisch kaputtgespart worden ist. So fehlen mittlerweile weit mehr als hunderttausend Pflegekräfte. Die letzten Monate haben auch gezeigt, dass die Krise die Menschen am härtesten getroffen hat, die aufgrund der unsäglichem Hartz-IV- und Agenda-Politik wenig zum Leben haben. Gleichzeitig wurden über 800 Milliarden Euro zur Rettung der bedrohten Profite der Wirtschaft in Windeseile durch die Bundesregierung bereitgestellt.

Es muss nun darum gehen, das Gesundheitssystem dauerhaft krisenfest zu machen, zu dem die Rekommunalisierung der Krankenhäuser und des Rettungsdienstes gehört, und die Daseinsvorsorge wieder in den Mittelpunkt zu rücken. Krankenhausschließungen dürfen kein Thema mehr sein. Neben massiven Investitionen in die Krankenhäuser sollten alle in der Pflege tätigen Arbeitnehmer*innen 500 Euro mehr Grundgehalt bekommen. Um zusätzliche Belastungen der Menschen, die von Armut betroffen sind, aufzufangen, müssen die entsprechenden Sozialleistungen für die Zeit der Corona-Krise um 200 Euro erhöht werden, und nach dieser Zeit auf einen Betrag von aktuell 582 Euro festgelegt werden, um ein menschenwürdiges Leben und eine wirkliche gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Die Entwicklungen im Zusammenhang mit der Corona-Epidemie haben uns Allen vor Augen geführt, wer die Gesellschaft wirklich zusammenhält: z. B. Gesundheit und Pflege, Erziehung, Landwirtschaft, Einzelhandel und Logistik, Medizintechnik sowie alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Die Linke fordert einen Rettungsschirm für die Kommunen, da diese, anders als Bund und Länder, die Ausnahmeregelung der Schuldenbremse nicht nutzen können. Hierzu gehören die Übernahme der Altschulden, der Ersatz von Steuerausfällen und die Übernahme von krisenbedingten Mehrausgaben, z. B. bei den Gesundheitsämtern und den Kosten der Unterkunft bei Hartz IV durch den Bund

Sich im Planungsprozess oder im Bau befindende Investitionen in soziale Infrastruktur, z. B. Kitas und Schulen, dürfen durch krisenbedingte Steuerausfälle nicht aufgegeben werden.

Die Linke im Rat der Stadt Aachen wird auch weiterhin die soziale Frage in den Mittelpunkt ihrer kommunalpolitischen Arbeit stellen. Wir kämpfen gegen den sozialen Notstand, für eine solidarische und gerechte Politik!

Armut bekämpfen – soziale Gerechtigkeit schaffen

Die gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland sind durch tiefe soziale Spaltungen gekennzeichnet – auch in Aachen. Die Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung nimmt zu. Die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen sind von Arbeitsplatzabbau und Strukturwandel, vom Verfall öffentlicher Infrastruktur und nicht zuletzt von wachsender Armut besonders betroffen. Insbesondere die Jugend- und Altersarmut hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. In Aachen müssen mehr als 3000 Rentnerinnen und Rentner von Grundsicherung leben und die Dunkelziffer derjenigen, die aus Scham oder Unwissenheit keine sozialen Leistungen beantragen, ist sehr hoch. Darüber hinaus wächst jedes vierte Kind in unserer Stadt in armen Verhältnissen auf, wie der Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und neun weiterer Sozialver-

bände beweist. Das ist ein Skandal und eine Schande, welche die neoliberalen Regierungen in unserem Land zu verantworten haben.

Armut ist jedoch kein unveränderbares Schicksal. Sie ist Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse, in denen ein kleiner Teil der Gesellschaft sich einen ständig wachsenden Reichtum aneignet. Dadurch wird die Kluft zwischen Arm und Reich immer tiefer. Die Ursache dieser Entwicklung liegt in unserem kapitalistischen Wirtschaftssystem, das durch massenhafte Arbeitsplatzvernichtung und zunehmende Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse immer weniger Menschen eine lebenswerte Perspektive bietet.

Wachsende Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit sind unvereinbar. Um soziale Ungleichheit wirksam zu bekämpfen, bedarf es des Mutes, Reichtum durch Steuern und vor Ort umzuverteilen. linke Kommunalpolitik rückt deshalb konsequent die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt, die keine finanzkräftige Lobby haben.

Die Linke in Aachen tritt ein für:

- *mehr soziale Sicherheit und eine qualitativ hochwertige öffentliche Daseinsvorsorge.*
- *den Ausbau der sozialen Infrastruktur in öffentlicher Hand.*
- *den bedarfsdeckenden Ausbau bezahlbaren Wohnraums.*
- *die Gewährleistung der Grundversorgung aller Einwohner*innen in Bezug auf Strom, Heizung, Gas und Wasser.*
- *den Ausbau und die kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs, im ersten Schritt zumindest für alle Personen unter 18 Jahren, Schüler*innen, Auszubildende sowie Hartz-IV-Bezieher*innen und Grundsicherungsbezieher*innen.*
- *den Ausbau und die Stärkung der sozialraumorientierten Quartiersentwicklung.*
- *die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen des Sozialentwicklungsplans.*
- *Chancengleichheit bei Bildung und kultureller Teilhabe.*

- *Lehrmittelfreiheit und kostenloses Mittagessen in Tageseinrichtungen und an allen Schulen bis zum Abitur.*
- *den Erhalt und Ausbau öffentlich finanzierter sozialer Beratungsstellen, z. B. Erwerbslosenzentren, Schuldner*innenberatungen, AIDS-Hilfen, ambulante Suchthilfe und Schwangerschaftskonflikt-Beratungsstellen.*

Wohnen ist Menschenrecht

Das Menschenrecht auf angemessenes Wohnen ist sowohl in Artikel 25 (1) der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ als auch in Artikel 11 (1) des UN-Sozialpakts verankert. Dieser Pakt ist keine unverbindliche Absichtserklärung: Er garantiert allen Menschen Rechte, die kein Staat gefährden darf bzw. für deren Einhaltung ein Staat zuständig ist.

Während immer mehr Menschen von ihrer Arbeit schlecht oder gar nicht mehr leben können, steigen vielerorts die Mieten und überall die Nebenkosten. In Aachen ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum für viele Menschen zu einer existenziellen Frage geworden. Große Teile der Innenstadt werden von privaten Investoren für Besserverdienende bewirtschaftet. Gleichzeitig fallen in der Stadt immer mehr preiswerte Wohnungen, einst mit Steuergeldern günstig gebaut, aus der Sozialbindung. Menschen mit wenig Geld werden im wahrsten Sinne des Wortes an den Rand verdrängt.

Die Stadt muss durch die konsequente Nutzung des städtischen Vorkaufsrechts wieder an mehr Baugrundstücke für den preisgebundenen Wohnungsbau gelangen und entschieden gegen Leerstand und brachliegende Baugrundstücke vorgehen. Nicht nur private Investoren benötigen Nachhilfe zu ihrer Verpflichtung zum Allgemeinwohl, auch der Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes NRW (BLB) lässt Immobilien ungenutzt leer stehen, wie das ehemalige

Straßenbauamt an der Karl-Marx-Allee oder die Terrassenhäuser am Muffeter Weg, die seit Jahren verrotten. Die Grundstücke wären ideal zur Errichtung von preiswerten sozialgebundenen Wohnungen.

Die Linke sieht aber auch die Stadt in der Pflicht, wieder selbst zu bauen und ihren Wohnungsbestand kontinuierlich zu erhöhen. Wohnungen im kommunalen Eigentum sind ein wesentliches Gegengewicht zum privaten, gewinnorientierten Wohnungsmarkt.

Die Linke in Aachen tritt ein für:

- *den Ausbau bezahlbarer kommunaler Wohnungen – die Stadt soll wieder selbst bauen.*
- *die Förderung von genossenschaftlichen und alternativen Wohnkonzepten sowie Baugruppen.*
- *Mieten in städtischen Wohnhäusern, die an die angemessenen Kosten für Unterkunft (KdU) gekoppelt sind.*
- *den Erhalt öffentlichen Eigentums an Grund und Boden – Nutzungsvergabe nur als Erbbaurecht.*
- *eine aktive Bodenpolitik, die den kommunalen Besitz stetig ausbaut.*
- *Sozialtarife für Strom und Gas und ein Verbot von Energiesperren, denn Wohnen ist mehr als nur ein Dach über dem Kopf.*
- *eine komplette – der Öffentlichkeit zugängliche – Auflistung aller leerstehenden Gebäude unter Angabe des Grunds für den Leerstand. Alle Gebäude, die für Wohnzwecke geeignet sind, müssen entsprechend hergerichtet werden.*
- *den Ausbau intelligenter Bauweisen nach modernen, barrierefreien und ökologischen Standards. Dadurch können Gebäude immer wieder neuen gesellschaftlichen Bedürfnissen angepasst werden.*
- *Öffentlich geförderter Wohnraum nur nach Konzeptvergabe.*
- *Umwandlung von dauerhaft ungenutztem Gewerbe in Wohnraum.*

- *Ausbau von bezahlbaren Wohnheimen durch das Studierendenwerk.*
- *Mehr Wohnungen für Familien.*

Alle Menschen in unserer Stadt müssen sich eine angemessene Wohnung leisten können, Wohnen ist Menschenrecht. Dafür kämpft Die Linke.

Klima, Umwelt, Mobilität und Stadtentwicklung

Aachen steht vor großen Herausforderungen: Am Büchel konnte die Stadt, nach vielen ergebnislosen Versuchen der privaten Bauwirtschaft, in den Besitz von wichtigen Grundstücken gelangen. Es bieten sich hierdurch Chancen, dem Büchel ein neues sozial ausgewogenes Gesicht zu geben. Aufgrund des Klimanotstandes steht unter anderem die Organisation des Verkehrs auf dem Prüfstand. Während der Bus- und Bahnverkehr attraktiver gemacht werden muss, ist der Bushof einer der unattraktivsten Plätze der Stadt. Wir unterstützen die Pläne zum Bau einer Regio-Tram vom Altkreis hinein in die Stadt. Diese soll in Zusammenarbeit mit den Bürger*innen weiterentwickelt werden zu einem Stadtbahnnetz auf den Hauptlinien innerhalb des Stadtgebiets. Die Stadtbahn ist sinnvolle Elektromobilität. Diesel und Benziner durch E-Autos zu ersetzen, löst hingegen keine Verkehrsprobleme.

Für eine lebenswerte Innenstadt

Die Stadt ist für die Menschen da und nicht für die Interessen von Investor*innen. Aus diesem Grund muss mit allen Mitteln gegen die Spekulation mit Bauflächen und Wohnraum vorgegangen werden.

Auch beim Einzelhandel spitzt sich die Lage weiter zu. Nicht zuletzt durch den Bau des Aquis Plaza mit seinen zusätzlichen 29.000 m² Verkaufsfläche hat sich der Leerstand deutlich erhöht. Angesichts der wachsenden Probleme mit dem Individualverkehr muss die quartiersnahe Versorgung verbessert werden. Auch deshalb lehnt Die Linke den Neubau von Einkaufszentren auf der "grünen Wiese" ab. Gleichzeitig kann das leidige Thema der "toten" Innenstädte in den Abendstunden nur durch eine Belebung des Wohnens in der Innenstadt gelöst werden – auch wenn Kaufhäuser und Bürogebäude mehr Rendite bringen.

Gerade unter den Bedingungen der Klimakatastrophe und der zunehmenden Erderwärmung braucht Aachen mehr Freiflächen mit vielfältigem Grün, die neben weniger Autoverkehr für die Verbesserung der Luftverhältnisse unerlässlich sind. Der Flächenverbrauch, die Versiegelung neuer Flächen, muss gestoppt werden. Das erfordert ein Umsteuern der städtischen Bauleitplanung. Der Umbau im Bestand hat für Die Linke Vorrang, ebenso die Verdichtung schon bebauter Flächen, unter Beachtung des lokalen Freiraumbedarfs und stadtklimatischer Anforderungen.

Mobilität

Der Radentscheid hat gezeigt, dass das Interesse am Radverkehr größer ist, als die Zahl der aktiven Radfahrer*innen vermuten lässt. Die meisten Straßen sind jedoch immer noch nach den Bedarfen des Autoverkehrs ausgelegt. Das macht Radfahren in Aachen gefährlich, wie die zahlreichen tödlichen Unfälle beweisen.

Die Linke will den öffentlichen Raum für die Menschen zurückgewinnen. Mit breiten Bürgersteigen, Stadtgrün und Straßen auf denen auch Eltern mit Kindern sicher Fahrrad fahren. Die bewährten Aachener Standards für Barrierefreiheit müssen flächendeckend umgesetzt werden, statt nur dort Verbesserungen vorzunehmen, wo "ohnehin gerade gebaut wird". Um eine problemlose Nutzung von Gehwegen zu gewährleisten, muss die Stadt alle Maßnahmen nutzen, um den E-Scooter-Wildwuchs zu unterbinden.

Gleichzeitig braucht es Anreize auf den Privat-PKW zu verzichten. Das Angebot an Bussen und Bahnen muss sich danach richten, wann Busse und Bahnen gebraucht werden und nicht danach, wann sich ihr Einsatz rechnet. Zusätzlich müssen die Fahrpreise deutlich gesenkt werden. Unser Ziel ist eine gerechte Finanzierung, bei der alle Bürger*innen und Unternehmen im Rahmen ihrer Möglichkeiten den öffentlichen Nahverkehr finanzieren statt regelmäßiger Preiserhöhungen. Als Sofortmaßnahme fordern wir die kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs mindestens für alle Personen unter 18 Jahren, Schüler*innen, Auszubildende und Hartz-IV Bezieher*innen und Grundsicherungsbezieher*innen. Mittelfristig fordern wir einen freien ÖPNV für alle.

Nicht nur der Preis, auch die Qualität des öffentlichen Nahverkehrs muss verbessert werden. So sind die Busse auf den Hauptachsen bereits heute chronisch überfüllt, so dass gerade Menschen mit Kinderwagen oder Rollstuhl häufig nicht mitgenommen werden können. Auch die Buswartehäuschen laden mit ihren unbequemen Bänken kaum zur Nutzung ein.

Zudem muss es gelingen, den Bushof zu einem Ort zu machen, an dem man sich gerne aufhält. Hierzu gehört neben einer städtebaulichen Qualität, die diesem Platz angemessen ist, auch eine Neukonzeption des Busnetzes, mit attraktiven Angeboten für jene Fahrgäste, die von Haaren nach Laurensberg oder von Brand zum Klinikum wollen und derzeit einen Umweg durch die Innenstadt machen müssen.

Um den Besuch der Stadt für Pendler*innen und Gäste zu erleichtern, benötigt Aachen mehr Park+Ride-Plätze und – in Zusammenarbeit mit der Städteregion und den Nachbarn in Belgien und den Niederlanden – attraktive Schnellbuslinien und mittelfristig einen Ausbau des Bahnverkehrs.

Die Linke steht für eine drastische Reduzierung von klimaschädlichem und platzraubenden Individualverkehr. Um einen Anreiz zur Abschaffung der Privat-PKW zu schaffen, braucht Aachen ein attraktives städtisches Car- und Bikesharingsystem ohne Batterien aus ausbeuterischer Arbeit.

Energie

Gerade eine Stadt wie Aachen, die zwischen dem gefährlich maroden Atomkraftwerk Tihange im Westen und den Braunkohletagebauten Inden, Garzweiler und Hambach im Norden und Osten liegt, sollte alles tun, um einen angemessenen Beitrag zur Energiewende zu leisten. Für die Abschaltung von Tihange und die sofortige Beendigung des Kohleabbaus muss mehr getan werden als leere diplomatische Appelle. Mit der Stawag als kommunalem Energielieferanten ist Aachen hier zwar gut aufgestellt, allerdings müssen auch ausreichende Flächen für Windräder und Solaranlagen ausgewiesen werden.

Auf allen geeigneten Dächern städtischer Gebäude sollen Solaranlagen eingerichtet werden. Einzelpersonen und Energiegenossenschaften werden dazu ermutigt, Solaranlagen auf städtischen Dächern zu bauen. Beim Verkauf städtischer Grundstücke und im Rahmen von vorhabenbezogenen Bebauungsplänen werden private Bauherr*innen durch städtebauliche Verträge zur Errichtung von Photovoltaikanlagen verpflichtet. Die Stadt soll sich verpflichten, pro Jahr zehn Prozent der stadteigenen Dächer mit Photovoltaikanlagen zu bestücken. Eine generelle Verpflichtung zur Errichtung von

Photovoltaikanlagen bei Neubauten sollte angestrebt werden. Nur Anlagen, die nachweislich eines Gutachtens eine Negativrendite aufweisen, dürfen ausgenommen werden, genauso wie aus Gründen des Denkmalschutzes

Für die Stilllegung der uns bedrohenden belgischen Atomreaktoren soll die Stadt Aachen sich auch auf Landes- und Bundesebene einsetzen, ebenso für den Stopp der Brennelementexporte dorthin aus Lingen und die Schließung der, auch für Belgien produzierenden, Urananreicherungsanlage in Gronau (NRW). Gegen das aktuelle Schnellverfahren zur Endlagersuche in Belgien muß auch von Aachen energisch Einspruch erhoben und ein ausführliches, grenzübergreifendes, demokratisches Verfahren nach der Corona-Krise gefordert werden.

Linke Kommunalpolitik fordert bezahlbaren Strom für alle. Den Zugang zu Energie zu ermöglichen, ist eine grundlegende Aufgabe staatlicher Daseinsvorsorge. Daher fordern linke Kommunalpolitiker*innen einen Strom-Sozialtarif für einkommensschwache Bürger*innen, um den wachsenden Ungleichheiten bei der Energieversorgung entgegenzuwirken und das Recht auf Strom für alle zu verwirklichen. Wir wehren uns gegen Stromabschaltungen bei Zahlungsrückständen durch die Energieversorger.

Die Linke in Aachen tritt ein für:

- *die Sanierung des alten Gebäudebestandes, mit einer Sanierungsrate von mindestens zehn Prozent pro Jahr.*
- *Einen Zuschuss energetischer Gebäudesanierungen von zehn Prozent. Der Zuschuss darf nicht auf die Miete umgelegt werden.*
- *die Ausstattung aller geeigneten Dächer mit Photovoltaikanlagen.*
- *Garantierte Ersatzarbeitsplätze für alle Beschäftigten stillgelegter Kraftwerke zu gleichen Bedingungen*

Umwelt

Linke Kommunalpolitik im Bereich Klima und Umwelt tritt angesichts der globalen Klimakatastrophe dafür ein, dass alles getan wird, um die bereits jetzt unausweichlichen Folgen für die Menschen in Städten und Gemeinden, mit allen auf kommunaler Ebene möglichen Mitteln zu mildern und einer weiteren Verschlechterung der Lage durch entschlossenen Klimaschutz entgegenzuwirken.

Die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Schaffung sozialer Gerechtigkeit für alle Bürger*innen müssen die obersten Prinzipien linker Kommunalpolitik sein – auch und gerade in der Klimapolitik. Eine lebenswerte Umwelt gehört für uns ebenfalls zur öffentlichen Daseinsfürsorge.

Die Linke in Aachen tritt ein für:

- *eine Begrünung von Fassaden und Dächern. Gründächer sorgen für bessere Luft und binden Feinstaub. Sie können zusätzlichen Lebensraum für Vögel und Insekten schaffen. Ausgenommen von der Begrünungspflicht sind Flächen, auf denen Anlagen zur Gewinnung von solarer Wärme (solarthermische Module) oder Solarstrom (Photovoltaik) installiert sind.*
- *eine Überprüfung von Hitzeinseln auf das Vorhandensein kritischer Einrichtungen, wie z. B. Krankenhäuser, Pflegeheime, Kitas, Schulen, Spielplätze. Maßnahmen zum Schutz dieser Einrichtungen müssen ergriffen werden.*
- *eine Bevorzugung heimischer Sorten bei der Neupflanzung von Bäumen, sofern sie den veränderten Bedingungen der Klimaerwärmung angepasst sind.*
- *die Erstellung eines Aktionsplans für Hitzewellen.*

- *mehr Wild- und Insektenschutzstreifen auf städtischem Grünland. Kommunales Agrarland soll ökologisch und ohne den Einsatz von synthetischen Pestiziden bewirtschaftet werden. Nicht verpachtete oder von der Kommune selbst bewirtschaftete Flächen sollen als Insekten- und Wildschutzraum umgestaltet werden. Bestehende Pachtverträge sollen in den kommenden zehn Jahren umgestellt oder gekündigt werden, wo dies möglich ist.*
- *die Umstellung der Versorgung von allen öffentlichen Kantinen, Schulen und Kindergärten auf ökologische, saisonal und regional erzeugte Nahrungsmittel.*
- *den Erhalt kommunaler Wälder und deren Bewirtschaftung als standortangepasste Mischwälder. Teile der städtischen Wälder sollen nicht bewirtschaftet, sondern der Natur überlassen werden.*
- *die Gestaltung von Verkehrsinseln und verkehrsbegleitendem Grün als Reproduktionsstätten für Biodiversität. Flugkorridore für Insekten und Leitsysteme für Kleintiere müssen geschaffen werden. Unnötige Lichtemissionen müssen vermieden werden.*
- *Satzungen, mit denen der zunehmenden Versiegelung in privaten Gärten entgegengetreten wird und Maßnahmen, um Schottergärten zu identifizieren und ihre Entsiegelung zu erreichen.*

Arbeit und Wirtschaft

Wie viele Städte, steht auch Aachen vor großen Herausforderungen. Neoliberale Politik und wirtschaftlicher Strukturwandel haben ihre Spuren hinterlassen. Städte und Gemeinden müssen immer größere Anstrengungen aufbringen, um bestehende Betriebe zu halten und investitionswillige Unternehmen an ihren jeweiligen Standort

zu binden. Am Erfolg dieser Anstrengungen hängen Arbeitsplätze und Einnahmen für die Kommunalkassen über die Gewerbesteuer.

Eine Stadt ist kein Konzern

Nachdem der öffentliche Dienst jahrelang kaputtgespart wurde, setzt sich nun auch bei den anderen Parteien die Erkenntnis durch, dass sich die Arbeit der städtischen Beschäftigten nicht allein volkswirtschaftlich, sondern auch betriebswirtschaftlich auszahlt.

Eine Stadt ist aber kein Konzern, sie hat dem Allgemeinwohl zu dienen und dieses zu mehren.

Als größter Arbeitgeber, muss die Stadt auch Beschäftigungsverhältnisse für Menschen mit "geringen Qualifikationen" sichern. Anstelle einer Auslagerung an Fremdfirmen, fordert Die Linke mehr Stellen in Bereichen wie Grünflächenpflege, Stadtreinigung und Hausmeisterei sowie städtische Reinigungskräfte, die nicht über § 16i SGB II "gefördert" werden. Auch darf es bei Busfahrer*innen keine Zwei-Klassen-Gesellschaft geben. Der Öffentliche Nahverkehr muss vollständig durch die ASEAG erledigt werden. Der Einsatz von Subunternehmen mit Niedriglöhnen muss ein Ende haben. Um die städtischen Aufgaben angemessen erledigen zu können, muss das städtische Flächenkonzept neu überarbeitet werden. Aachen braucht mehr und bessere Betriebshöfe und Verwaltungsgebäude statt Grundstücksverkäufen.

In Zeiten des Klimanotstandes muss die Stadt beim Bau mit gutem Beispiel vorangehen und bereits heute nach den Standards von morgen bauen. Dazu gehört, dass Gebäude so gebaut werden, dass Um- und Abbauten noch in Jahrzehnten möglich sind, ohne dass Tonnen an Sondermüll anfallen.

Eine digitale Stadt für alle

Die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen kann für Bürger*innen und Unternehmen Entlastung bedeuten, weil komplizierte Verfahren, Anfahrten oder lange Wartezeiten entfallen. Dies bietet zudem die Chance, bundesweite Initiativen für eine weitere Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich zu unterstützen. Die vorhandene Arbeit könnte auf mehr Schultern verteilt und weitere Arbeitsplätze geschaffen werden. Leicht zugängliche und benutzerfreundliche Angebote müssen unter hohen Datenschutzstandards deutlich ausgebaut werden. Menschen ohne Zugang zu digitalen Technologien dürfen jedoch nicht von den öffentlichen Dienstleistungen der Kommunen ausgeschlossen werden. Alle Bürger*innen müssen konsequent in einen demokratisch organisierten Digitalprozess eingebunden werden. Zu diesem Zweck müssen attraktive Erwachsenenbildungsangebote zum Umgang mit digitalen Technologien geschaffen werden.

Wir wollen eine Ausweitung von sozialökologischen Smart-City-Projekten, die für die Menschen eine Erleichterung des täglichen Lebens in der Mobilität und der Partizipation bedeuten und die Umwelt schützen. Senioren, Menschen mit Behinderung oder Einkommensschwache müssen von solchen Projekten profitieren.

Smart-City-Projekte, angeschaffte Hard- und Software, erzeugte Systeme und Datenbanken müssen der Stadt und ihren Bürger*innen gehören und dürfen nur zu ihrem Nutzen eingesetzt werden. Auf keinen Fall gehören diese Systeme und die darin gespeicherten Daten in die Hand von Konzernen. Bei Beauftragung externer Unternehmen müssen die Verarbeitung und Zugriff der Daten genau festgelegt werden. Social Scoring und staatliche Überwachung müssen ausgeschlossen sein.

Gewerbeansiedelungen müssen zukunftsgerecht sein

Das Aachener Stadtgebiet ist begrenzt. Auch bei der Ansiedelung von Gewerbe kann es nicht weiter darum gehen, Grundstücke zu verkaufen. Sie sollen zukünftig nur noch in Erbbaurecht und unter bestimmten Voraussetzungen vergeben werden. Unternehmen, die sich auf städtischen Gewerbegrundstücken ansiedeln, müssten zur Zahlung von Tariflöhnen verpflichtet werden und ein Konzept vorlegen, wie der Eingriff in die Natur möglichst gering gehalten werden kann.

Darüber hinaus muss die Stadt Gewerbe sinnvoll steuern. Es ist niemandem gedient, wenn Teile des Bendplatzes verkauft werden müssen, weil die Stadt keine Möglichkeit hat, kleineren Unternehmen Umzüge in andere Gewerbegebiete anzubieten, um so Erweiterungsflächen an anderer Stelle zu schaffen.

Aachen ist keine Insel – Mehr interkommunale Zusammenarbeit wagen

Aachen ist stolz darauf, eine europäische Stadt zu sein. Gleichzeitig findet eine Zusammenarbeit mit anderen Kommunen häufig nur dort statt, wo man Bündnisse gegen angebliche Konkurrenten schmieden möchte.

Die Linke strebt eine demokratische Kooperation auf Augenhöhe an, statt Hinterzimmerpolitik und Gewerbebesteuer-Unterbietungswettbewerbe.

In der Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden im Westen (Vaals, Kelmis, Raeren) setzen wir auf rheinische Lösungen statt EU-Bürokratie.

Wirtschaft

Die Corona-Krise ist der Brandbeschleuniger für eine Weltwirtschaftskrise, die sich seit Ende 2019 entwickelt. Es wird wohl darauf hinauslaufen, dass die einfachen Arbeiter*innen für diese Krise mit ihren Steuern, Lohnkürzungen und höheren Lebenshaltungskosten aufkommen sollen, während Unternehmensspitzen weiterhin ihre Profite einstreichen. Drohende Entlassungen und Sozialkürzungen gehören dabei zur ständigen Angst der Menschen. Dies kann zu noch mehr Armut und weiteren sozialen Verwerfungen führen. Die Linke fordert ein konsequentes Entgegenwirken: Die Stadt muss prüfen, ob bei Großunternehmen, die Mitarbeiter*innen entlassen, tatsächlich eine wirtschaftliche Not vorliegt. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sollen veröffentlicht werden. Auch die Geschäftsbücher müssen offengelegt werden, damit eine Transparenz für die Öffentlichkeit hergestellt ist. Die Linke ist der Überzeugung, dass jede*r eine entlohnende Arbeit verdient. Deshalb kämpft Die Linke für eine Überführung der Großunternehmen in öffentliches Eigentum, um Entlassungen zu verhindern oder rückgängig zu machen, damit diese Krise nicht auf dem Rücken der Arbeiter*innen stattfindet.

Die Produktion muss, wenn nötig, auf gesellschaftlich sinnvolle Produktion umgestellt werden. Alternativ muss ein mindestens gleichwertiger Arbeitsplatz bereitgestellt werden.

Hilfe für Kommunen in Not – Alternativen sind möglich

Die Kommunen leiden seit geraumer Zeit an einer chronischen Unterfinanzierung, in hohem Maße verursacht durch die Aufgaben, die aus den Gesetzen von Bund und Land erwachsen. Des Weiteren wurden den kommunalen Kassen durch Steuersenkungen des Bundes massiv Geld entzogen.

Die Ausgaben für gesetzliche Aufgaben übersteigen in vielen Kommunen in NRW inzwischen die zugewiesenen Einnahmen. Statt den wachsenden Reichtum zur Finanzierung notwendiger, gesamtgesellschaftlicher Aufgaben zu nutzen, hat der Staat das Gegenteil getan: Mit immer neuen Steuergeschenken hat er seine Einnahmen massiv geschwächt und gleichzeitig den privaten Reichtum gefördert.

Investitionen u. a. in die öffentliche Daseinsvorsorge können deshalb nicht ausreichend finanziert werden. Dies zeigt sich insbesondere in Bereichen wie Bildung, Kultur und nicht-kommerziellen Freizeitangeboten. Öffentliche Armut ist allgegenwärtig und unübersehbar.

Öffentliche Armut steht privatem Reichtum gegenüber

Die Besteuerung großer Vermögen ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der ökonomischen Vernunft und letztendlich der einzige vernünftige Ausweg aus der Krise für Kommunen, Länder und Bund.

Die Folgen der mangelnden Finanzierung bei den Sozialausgaben (u.a. Unterkunftskosten SGB II), massiver Einnahmeverlust durch

Steuersenkungen und die Eingriffe in den kommunalen Finanzausgleich müssen korrigiert werden. Diese Fehler sind für die kommunale Finanzmisere und den Anstieg der Kassenkredite in NRW wesentlich verantwortlich. Berücksichtigt man alle bundes- und landespolitischen Verstöße gegen das Konnexitätsprinzip (wer bestellt, der muss auch bezahlen), ergibt sich bei den Kassenkrediten rein rechnerisch eine „Fremdverursachungsquote“ von 80 Prozent und mehr. Das Prinzip der Konnexität muss auf allen staatlichen Ebenen wieder strikte Beachtung finden.

Durch kommunale Steuerprüfer*innen kann der Hinterziehung von Gewerbesteuern entgegengewirkt werden. Auf Antrag der Linken wurden 2015 zwei Gewerbesteuerprüfer*innen eingestellt. Ihre Löhne haben sie mehr als aufgewogen. Das hilft mehr Geld für wichtige soziale Projekte zur Verfügung zu stellen und verhindert, dass ehrliche Unternehmen benachteiligt werden.

Die Linke in Aachen tritt ein für:

- *die Verteidigung der kommunalen Selbstverwaltung und strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips.*
- *die Wiederanhebung des Steueranteils der Kommunen von 23 Prozent auf 28 Prozent.*
- *eine Entschuldung der Kommunen und eine Finanzausstattung, die die Kommunen nachhaltig handlungsfähig macht.*
- *die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindegewerbesteuer, von der Freiberufler wie z. B. Rechtsanwälte oder Architekten nicht ausgenommen werden.*
- *die Verhinderung von Steigerungen der Hebesätze zur Grundsteuer B zum Zwecke des Haushaltsausgleichs, weil eine Erhöhung von den Mieter*innen bezahlt wird.*
- *die Rekommunalisierung ausgegliederter Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge.*
- *den Erhalt und Ausbau öffentlichen Eigentums.*
- *mehr Gewerbesteuerprüfer*innen bei der Stadt.*

Statt Kassenkrediten und Haushaltssicherung brauchen die Kommunen eine solide Finanzausstattung, die ihnen mehr Spielräume lässt, um den gewachsenen Aufgaben durch die zunehmende Armut der Menschen und Quartiere gerecht zu werden.

Denn – nur Reiche können sich einen armen Staat bzw. eine arme Stadt leisten!

Bildung ist mehr als Wissen

Insbesondere in einem wohlhabenden Land wie Deutschland ist es ein Skandal, wie wenig in Bildung investiert wird und in welchem Ausmaß gute Bildung nach wie vor vom Geldbeutel der Eltern abhängt.

Armut als Bildungshemmnis

Armut beschämt, Armut grenzt aus, Armut macht krank. Alles, was man aus der Armutsforschung weiß, trifft auch auf Kinder und Jugendliche in den Schulen zu. Dass Armut der Schüler*innen ein Resultat der familiären Einkommensarmut ist und nur durch ausreichendes Familieneinkommen geändert werden kann, ist unstrittig. Dennoch kann auch vor Ort etwas getan werden.

Im Bereich der Grundschulen fordert Die Linke die Wiedereinführung der Schulbezirke, damit Kinder dort lernen können, wo sie wohnen (»Kurze Beine, kurze Wege«). Unnötiger Schultourismus sollte vermieden werden.

Für die Arbeit der Offenen Ganztagsgrundschulen (OGS) fordert Die Linke eine Erhöhung der Mittel zum Bau aller benötigten Räume. Nur mit eigenen Räumen für die OGS-Betreuung der Schüler*innen

am Nachmittag können alle OGS-Schüler*innen optimal gefördert werden.

Um soziale Ungleichheit zu bekämpfen, fordert Die Linke eine Schule für Alle als Ganztagschule. Das gegliederte Schulsystem wollen wir mittelfristig abschaffen.

Forscher*innen und Studien zeigen regelmäßig auf, wie schlecht das deutsche System im internationalen Vergleich abschneidet. Ziel der Schule ist den Menschen zu bilden und nicht für die Wirtschaft auszubilden.

Eine umfassende Bildung fördert nicht nur die persönliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen, sondern bildet zugleich die Basis für die gesellschaftliche Teilhabe und ist Teil des Kampfes gegen soziale Ungleichheit.

Die Linke in Aachen tritt ein für:

- *eine grundlegende Reform des Bildungssystems („Eine Schule für alle“).*
- *eine sozialindexorientierte Schulfinanzierung, um sozial Benachteiligte besser fördern zu können.*
- *den Ausbau der Kitas in städtischer Trägerschaft mit mehr Personal und voller Beitragsfreiheit.*
- *den Ausbau nichtkommerzieller Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche.*

Digitalisierung und Bildung

Schulen und Bildungseinrichtungen müssen mit ausreichend digitalen Endgeräten ausgestattet werden. Zur Wartung muss entsprechendes Personal zur Verfügung stehen. Digitale Bildung ist aber mehr als nur technische Ausstattung.

Digitale Technologien gewinnen laufend mehr Raum im Alltag. Gerade deshalb müssen sie Gegenstand von Bildungs- und Lernprozessen werden. Bildung in einer digitalen Gesellschaft zielt auf die Herausbildung einer digital mündigen Persönlichkeit ab. Digitale Technologien sind Werkzeuge, kein Selbstzweck. Dieses Bildungsangebot sollte auch für Erwachsene geöffnet werden, die nicht zu den "digital natives" zählen.

Die Pädagogik muss die Federführung behalten, nicht IT-Konzerne und Lobbyist*innen. Freier Zugang zu freiem Wissen bringt mehr Bildungsgerechtigkeit. Offene Bildung durch frei zugängliche Materialien, freie Lizenzen, Open Source, Datenschutz und -sicherheit müssen verstärkt in den Fokus rücken. Offene Bildung ist Teilhabe und Mitbestimmung, durch Transparenz und gemeinschaftliches Lernen.

Sport ist Lebensqualität

Die Sportvereine sind in den meisten Kommunen die Vereine mit den höchsten Mitgliederzahlen. Jeder dritte bis vierte Mensch ist Mitglied in einem Sportverein. Viele betätigen sich auch ohne Verein regelmäßig sportlich. Diese Zahlen machen deutlich, welchen Stellenwert der Sport in der Bevölkerung hat. Sport- und Freizeiteinrichtungen sind wichtig für Erholung und Entspannung. Sportliche Betätigung leistet einen wichtigen Beitrag zu Gesundheit, Gemeinschaft und kultureller Teilhabe – von einfachen Übungen im Vorschulalter und dem Schulsport, über sportliche Betätigung während der Berufsjahre, bis hin zu qualifizierter Bewegung im Alter.

Die Linke in Aachen tritt ein für:

- *bezahlbare Nutzungsentgelte für städtische Sportanlagen und Schwimmbäder und deutlich ermäßigte Sozialtarife für alle Menschen, die staatliche Grundsicherungsleistungen erhalten.*

- *die Quote der Nichtschwimmer unter den Kindern und Jugendlichen durch den Ausbau von Schwimmkursen von teilweise 66 Prozent auf 0 zu senken.*
- *den Erhalt und Ausbau wohnortnaher Sportstätten, die für alle barrierefrei zugänglich sind.*
- *die Förderung der Teilnahme Aller an sportlicher Betätigung; Sport kann und muss einen Beitrag zur Inklusion leisten.*
- *die besondere Förderung der Teilnahme von Mädchen und Frauen am Sport.*

Kunst und Kultur

Die Zusammensetzung unserer Gesellschaft ist in einem starken Wandel begriffen. Kunst und Kultur sind für Linke Kommunalpolitik essenzieller Bestandteil des Lebens aller Menschen. Der Kulturauftrag des Landes NRW und seiner Kommunen genießt nach Art. 18 der Landesverfassung NRW Verfassungsrang. Kunst und Kultur dürfen aber nicht nur Zeitvertreib einiger weniger sein, sondern an Kultur müssen alle teilhaben können – unabhängig von den finanziellen Mitteln Einzelner.

Eine lebendige und multikulturelle Kulturszene ist die Grundlage für gelebte Demokratie und das soziale Miteinander in den Städten und Gemeinden unseres Landes.

Die Linke in Aachen tritt ein für:

- *kostenfreie Zugänglichkeit zu Museen und Ausstellungen als Träger öffentlichen Kulturgutes.*
- *kostenfreie musische Förderung von Kindern von Leistungsberechtigten über das Bildungs- und Teilhabepaket und andere Projekte, wie den Kulturrucksack, hinaus.*

- *den Erhalt öffentlicher Bibliotheken, Theater, Archive, Museen, der Volkshochschule und städtischer Musikschulen und deren Ausstattung mit ausreichender Finanzierung.*
- *die institutionelle Förderung von Zentren der Off- und der Soziokultur und Bereitstellung von Ausstellungs- und Proberäumen für die freie Szene (Nutzung von Leerständen).*
- *Bereitstellung von Freiflächen für Graffiti.*

Bunt statt Braun – Gemeinsam gegen Rechts

In Aachen leben, arbeiten und studieren Menschen aus 152 Nationen. Unsere Gesellschaft wird immer vielfältiger und bunter. Wohin sie sich entwickelt, hängt entscheidend davon ab, ob alle hier lebenden Menschen sich gemeinsam und solidarisch an den Prozessen beteiligen und sie mitgestalten können. Den teilweise seit Jahrzehnten hier lebenden Menschen muss endlich das Wahlrecht zugestanden werden.

Integration ist keine Einbahnstraße. Sie erfordert beidseitige Bereitschaft, einander zu verstehen und sich auf die neue gesellschaftliche Realität einzulassen.

Die Linke in Aachen tritt ein für:

- *ein Integrationsverständnis, das unter Einbeziehung von Migrant*innenorganisationen und des Integrationsrates parteiübergreifend im Rat entwickelt wird.*
- *Einbeziehung von Migrant*innen-Selbsthilfeorganisationen in die Entscheidungen und die Politik der Kommune.*

- *ein Wahlrecht für Alle, die seit Jahren hier leben; der erste Schritt dorthin ist die Ausdehnung des Kommunalwahlrechts auch auf alle Nicht-EU-Bürger*innen, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben.*
- *eine stärkere finanzielle Ausstattung der Integrationsräte und Gleichstellung der Integrationsratsmitglieder mit anderen direkt gewählten Kommunalpolitiker*innen.*
- *öffentlich geförderte interkulturelle Projekte und Ansätze; das gilt besonders in der Jugendarbeit.*
- *die weitere interkulturelle Öffnung und Kompetenzstärkung der öffentlichen Verwaltung, auch bei Neueinstellungen, sowie durch gezielte Anwerbung von Menschen aus benachteiligten Stadtteilen und mit unterprivilegierten Hintergründen und Migrationshintergrund für eine Laufbahn im öffentlichen Dienst. Alle Bewerbungsverfahren bei der Stadt Aachen und ihren Gesellschaften sollen anonymisiert durchgeführt werden, um Rückschlüsse auf Herkunft, Nationalität und weitere Diskriminierungstatbestände zu verhindern.*

Kein Mensch flieht freiwillig – Flüchtlinge willkommen heißen

Geflüchtete sind in besonderer Weise von Diskriminierung und Ausgrenzung betroffen. Sie sind vielfach vom Arbeitsmarkt und von Integrations- und Bildungsmaßnahmen ausgeschlossen. Dadurch wird Ihnen die gesellschaftliche Teilhabe verwehrt. Die oft Jahre dauernde Unsicherheit über ein Bleiberecht macht eine Lebensplanung unmöglich.

Die Linke stand in den vergangenen Jahren an der Seite zahlreicher Initiativen, die sich gegen Rassismus und die inhumane Abschiebep Praxis und für Integration und Aufnahme geflüchteter Menschen engagiert haben. Wir bleiben dabei: Wir streiten für einen sofortigen

Abschiebestopp und gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen. Die Fluchtursachen müssen bekämpft werden, nicht die Flüchtlinge!

Die Linke in Aachen tritt ein für:

- *Eine sofortige Aufstockung der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz von Beginn an auf dem gleichen Niveau wie dem anderer Sozialleistungen.*

Gegen Faschismus und Rassismus

Faschistische und rechtspopulistische Organisationen setzen auf Ausgrenzung und Gleichschaltung. Rechtspopulismus wirkt bis weit hinein in die Mitte der Gesellschaft. Das machen auch die Umfrage- und Wahlergebnisse für die AfD deutlich. Eine breit angelegte Auseinandersetzung mit rechtem Gedankengut in jeder Form ist wichtig.

Die Verbesserung der Unterstützung von antirassistischer und antifaschistischer Arbeit ist deshalb zwingend notwendig. Antifaschismus ist eine demokratische, parteiübergreifende Aufgabe – bei Demonstrationen, in Netzwerken gegen Rechts, in Jugend- und Kulturbündnissen ebenso wie in Stadtparlamenten und Kreistagen. Ein wichtiger Bestandteil von Antifaschismus ist dabei auch die Erinnerungskultur, die wir vor Ort stärken möchten.

Die Linke in Aachen tritt ein für:

- *die Verhinderung von Kundgebungen oder sonstigen öffentlichen Aufmärschen aus dem neonazistischen, rassistischen und antisemitischen Spektrum mit allen rechtlichen Mitteln. Keine öffentlichen Plätze und Straßen für Faschisten!*
- *die Einrichtung von Informations-, Beratungs- und Bildungsstellen gegen Rechtsextremismus und die Förderung von kommunalen Bündnissen gegen Rechts.*
- *Ausstellungen zur Erinnerungskultur in Museen, Rathäusern und anderen öffentlichen Gebäuden.*

Transparenz schaffen – Bürgerrechte stärken

Bürgerbeteiligung ist nicht allein ein demokratisches Gebot, sondern unabdingbar für politische Entscheidungsprozesse, da durch eine öffentliche Debatte auf die Weisheit von Vielen gesetzt wird.

Demokratie lebt vom Mitmachen

Damit sich Menschen an öffentlichen Angelegenheiten beteiligen können, brauchen sie Orte, an denen sie sich unabhängig von Religion oder Herkunft und ohne Verzehrzwang treffen können. Die Linke will Bürger*innenzentren in allen Stadtteilen schaffen.

Die Einwohner*innenfragestunde vor den Ausschusssitzungen soll wieder eingeführt werden.

Demokratie für alle

Alle hier lebenden Menschen müssen am demokratischen Prozess teilnehmen können, denn allen sollten die gleichen politischen Möglichkeiten zustehen. Damit unter anderem auch Migrantinnen und Migranten an Kommunalwahlen teilnehmen können, setzt Die Linke sich dafür ein, dass das aktive und passive Wahlrecht auf alle Aachenerinnen und Aachener ausgedehnt wird.

Mitreden bei Haushalt und Stadtplanung

Kommunale Haushalte arbeiten mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger. Über die Verwendung von Haushaltsmitteln in ihrer Gemeinde sollen die Bürgerinnen und Bürger mitbestimmen können. In einigen Kommunen ist damit z. B. nach dem Modell des Berliner Stadtteils Lichtenberg begonnen worden.

In anderen Kommunen soll sich Beteiligung auf Vorschläge von Einwohner*innen zu Einsparungen beschränken. Die Einführung eines demokratischen ‚Bürgerhaushaltes‘ muss vor Ort über mehrere Jahre entwickelt werden, indem er schrittweise in einem regelmäßigen Beteiligungsverfahren aufgestellt wird. Die Linke wird dabei besonders jene Einwohner*innen unterstützen, die bisher kaum über Einfluss verfügen und von der herrschenden Politik wenig berücksichtigt werden. Wenn auf Kosten der Mehrheit der Einwohner*innen für einzelne Gruppen, Firmen und Konzerne Beschlüsse gefasst werden sollen, werden wir dies öffentlich machen und zu Formen des Protests aufrufen.

Immer mehr Großprojekte führen zu Auseinandersetzungen, viele Bebauungspläne werden beklagt. Die Linke spricht sich vor diesem Hintergrund nicht für weniger, sondern für mehr Bürgerbeteiligung an der Erarbeitung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen – insbesondere für größere Vorhaben – aus.

Einsprüche gegen Bebauungspläne müssen ein größeres Gewicht erhalten. Die Verfahren müssen stärker als bisher auf einen Ausgleich der Interessen setzen und weniger auf die Durchsetzung der Interessen von Investoren.

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Gemeinden müssen Kinder und Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, angemessen beteiligen. Demokratie bedeutet, sich einmischen zu können; besonders, wenn es um die eigenen Probleme, Ziele und Interessen geht. Echte Beteiligung motiviert zum Mitmachen.

Die Linke fordert die unmittelbare Repräsentation von Kinder- und Schüler*innen-Interessen, um die Mitgliedschaft im Kinder- und Jugendparlament (KiJuPa) aufzuwerten und die politische Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu erhöhen. Um Wahl- und Beteiligungsverdrossenheit entgegen zu wirken, sollte mindestens eine Teilnahme mit beratender Stimme für Kinder- und Jugend-Vertreter*innen an den Sitzungen von Ausschüssen eingerichtet werden.

Sitzungen per Livestream übertragen, barrierefrei und für alle zugänglich

Erleichterungen der Teilhabe für alle Menschen mit und ohne Handicap an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen und die Möglichkeit der Mitbestimmung sind per Internet zu schaffen. Ein so erleichterter Zugang zur Teilnahme an (Rats-)Sitzungen, stärkt das politische Interesse und die Beteiligung. Wir setzen uns für die Übertragung per Livestream sowie eine Aufzeichnung der Sitzungen ein, sodass diese in einer Mediathek zu einem späteren Zeitpunkt noch aufgerufen werden können. Die Sitzungen des Stadtrats sollen zukünftig auch in Gebärdensprache übersetzt werden, die zugleich bei den Internetübertragungen auf der städtischen Website direkt eingebildet wird. Eine Archivierung der Aufzeichnungen bezieht diese Simultanübersetzung mit ein.

Transparenz der Aufsichtsräte in den städtischen Gesellschaften

Wichtige Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge werden in Gesellschaften mit kommunaler Beteiligung umgesetzt, die in der Regel GmbHs oder Aktiengesellschaften sind. Dadurch kommt es zu einem Spannungsverhältnis zwischen dem vom Grundsatz der Öffentlichkeit ausgehenden Kommunalrecht und den Einschränkungen des Gesellschaftsrechts. Die Geschäftspolitik der städtischen Gesellschaften und die Entscheidungen der Aufsichtsräte sind für die Öffentlichkeit oft nicht transparent, obwohl deren Belange betroffen sind. Auch für Ratsmitglieder bleiben Vorgänge und Entscheidungen oft undurchsichtig. Die Linke fordert hier weitgehende Transparenz.

Die Mitgliedschaft im Stadtrat sowie Aufsichts- und Führungsgremien der stadt-eigenen Gesellschaften darf nicht zur persönlichen Bereicherung dienen. Durch das Innehaben von mehreren städtischen Posten darf es nicht zu einer unverhältnismäßig hohen Aufwandsentschädigung für einzelne Mitglieder kommen. Wir fordern eine Regelung, nach der Aufwandsentschädigungen nur bis zum Erreichen eines durchschnittlichen Facharbeiter*innenlohnes gewährt werden. Die Gehälter hauptamtlicher Führungskräfte sind auf ein Tarifgehalt zu begrenzen.

Transparenz und Demokratie gegen Lobbyismus und Korruption

Die Beteiligungs- und Informationsrechte sowohl aller Gemeindeangehörigen als auch die der einzelnen Stadtverordneten sollen wesentlich gestärkt werden. Hierzu bedarf es neuer Mitwirkungsmöglichkeiten, einer Verringerung bestehender Hürden bei Wahlrecht und Bürgerbeteiligung, allgemeiner Öffentlichkeit der Sitzungen und Veröffentlichungspflichten bei Beschlussfassungen. Die Ver-

öffentlichungspflichtigen sollen auch auf kommunale Beteiligungen ausgeweitet und die Rechenschaftspflicht gegenüber dem Kommunalparlament erfolgen. Aachen soll durch Mitgliedschaft bei Transparency International ein Zeichen für Korruptionsbekämpfung setzen. In der Stadtverwaltung soll, um unmittelbare Einflussnahme von Fremdinteressen auf politische Entscheidungen zu vermeiden, der interne Fachverstand der Verwaltung anstelle von Beraterfirmen genutzt werden.

Im Parlament, auf der Straße und im Betrieb: Aktiv im Kampf für eine bessere Zukunft!

Trotz der rigorosen Spar- und Kürzungspolitik der letzten Jahre und Jahrzehnte sind die kommunalen Kassen leer. Die Kommunen wurden geradezu ausgeblutet. Die marktwirtschaftliche Logik, mit der Kürzung von Sozialausgaben einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, funktioniert nicht. Statt die Haushaltslage zu verbessern, hat sie die Armut verschlimmert und massive Investitionslücken hinterlassen. Das wiederum führt zu sinkenden kommunalen Einnahmen – es ist ein Teufelskreis. Wir wollen ihn durchbrechen. Statt unsere Politik an vermeintliche Sachzwänge anzupassen, wollen wir eine Kommune, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, die in ihr wohnen.

Soziale, klimatische und ökologische Notwendigkeiten sind feste Grundlage linker Kommunalpolitik. Wir wollen gemeinsam und auf Augenhöhe mit den Aachener*innen politischen Druck aufbauen, um Verbesserungen zu erkämpfen – sowohl im Parlament, als auch auf den Straßen und in Betrieben. Wir sind nicht aufs Parlament fixiert, sondern auf wirkliche, nachhaltige Veränderung. In dem Sinne wer-

den wir unsere Ressourcen, die wir durch die Funktionen innehaben, in die wir gewählt werden, nutzen, um nach Kräften fortschrittliche Bewegungen zu unterstützen. Wir wollen ihnen so eine größere Aufmerksamkeit geben, Informationen beschaffen und Menschen Mut machen, die Stimme zu erheben, statt sie „nur“ bei der Wahl abzugeben. Dabei ist uns klar: Im Kapitalismus ist keine Verbesserung von Dauer. Wenn es einer kritischen Bewegung, einer starken linken Fraktion oder vereint gelingt, Verbesserungen zu erringen, wird es früher oder später Versuche geben, sie zurück zu nehmen. Denn Verbesserungen für die Vielen sind Verschlechterungen für die Wenigen, in deren Interesse bürgerliche Politik gemacht wird. Das hält uns nicht davon ab, für Verbesserungen zu kämpfen. Aber wir wollen mit dem Kapitalismus auch das System überwinden, das uns zu diesem Kampf zwingt. Wir sehen eine starke linke Fraktion im Stadtrat als Teil einer kritischen und aktiven Bevölkerung, die sich in das politische Geschehen einbringt und darum kämpft, es mitzugestalten. Wir sehen uns als Internationalist*innen und sind Teil einer weltweiten Bewegung, die Schluss machen möchte mit dem Elend des Kapitalismus und für einen demokratischen Sozialismus kämpft. Wir rufen dich auf, uns zu wählen – aber es nicht dabei zu belassen: Werde mit uns aktiv und kämpfe mit uns für eine solidarische Zukunft und ein gutes Leben für alle Menschen!“

DIE LINKE Kreisverband Städteregion Aachen

Anschrift: Augustastraße 69, 52070 Aachen

Telefon: 0241 / 990 25 31

Telefax: 0241 / 990 52 28

E-Mail: kontakt@dielinke-aachen.de

Web: dielinke-aachen.de

Facebook: facebook.com/DIELINKE.Aachen

Instagram: instagram.com/dielinke.aachen

Twitter: twitter.com/DIELINKE_Aachen



V.i.S.d.P.: Vanessa Heeß, DIE LINKE Aachen (wie oben)

DTP-Satz: Darius K. Dunker / dkd.li

Korrektur: ausstehend

Illustration: Julia Schneider / jot-s-art.de

Foto: Christoph Giebeler / christophgiebeler.de